

Mit diesem Band wird erstmals eine umfassende Darstellung der Geschichte des § 218 vorgelegt, die den gesamten Zeitraum vom Deutschen Kaiserreich über die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus bis zur Bundesrepublik umfasst und medizinische, bevölkerungs- und sozialpolitische wie kulturelle und juristische Aspekte berücksichtigt. In einer verbleichenden Betrachtung werden die fortlaufenden Entwicklungslinien der Abreibungsdiskussion in den maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppierungen innerhalb von Ärzteschaft, Frauenbewegung, Kirche und Politik sowie Rechtslehre und Rechtssprechung aufgezeigt.

Inhalt

Einleitung: Inhalt, Aufbau und Methodik	13
A. Rechtshistorische Einführung: Die Entwicklung der Abreibungsgesetzgebung vor 1871	22
1. Römischer Rechtskreis	22
2. Kanonisches Recht	24
3. Deutsches Recht und deutsche Partikulargesetzgebung	27
B. Die Abreibungsgesetzgebung im Deutschen Kaiserreich (1871-1918)	34
1. Die Anfänge des § 218 von 1851 bis zur Reichsgründung	34
1.1. Das StGB für die preußischen Staaten von 1851	34
1.2. Vom StGB für den Norddeutschen Bund zum StGB für das Deutsche Reich von 1871	35
1.3. Die §§ 218-220 RStGB im Vergleich zu den preußischen Bestimmungen von 1851	36
2. Probleme des Verständnisses des § 218 RStGB In Rechtstheorie und Rechtspraxis	39
2.1. Die Ansichten der Rechtslehre	40
2.2. Entscheidungen des Reichsgerichts	43
3. Die allgemeine Abreibungssituation um 1900 – Verfügbarkeit, Verbreitung und Bewertung der Abreibung im Volk und unter den Ärzten	48
3.1. Ausmaß und strafrechtliche Verfolgung von Schwangerschaftsabbrüchen	49
3.2. Ursachen und Motive für die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen	55
3.2.1. Die Abreibung innerhalb der Ehe	56
3.2.2. Die Abreibung durch unverheiratete Frauen	59
3.2.3. Die „kriminelle Fruchtabtreibung“ in der allgemeinen Volksanschauung	60
3.3. Die Methoden und Bedingungen, unter denen Abreibungen ausgeführt wurden, und ihre Folgen	64
3.4. Möglichkeiten präventiver Schwangerschaftsverhütung Als Alternative zur Abreibung; zugleich zum Klassencharakter des § 218	72

3.5.	Die Beurteilung der Abtreibungsproblematik in der Ärzeschaft im 19. Jahrhundert	77
3.5.1.	Kirchliche Vorstellungen und deren Einfluss auf die Position der Ärzteschaft	85
4.	Resümee für den Zeitraum bis 1900	90
5.	Der Geburtenrückgang und das Einsetzen der bevölkerungs- und geburtenpolitischen Diskussion nach 1900	92
5.1.	Einleitender Überblick und demographischer Hintergrund	92
5.2.	Erklärungsversuche des Geburtenrückgangs durch bürgerliche Nationalökonomien; „Wohlstandstheorie“ und „Rationalisierung des Sexuallebens“ als bevölkerungspolitische Grundkonzeptionen	95
5.3.	Die bevölkerungspolitische Diskussion in einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und ihre ideengeschichtlichen Grundlagen in Neomalthusianismus, Rassenhygiene und Eugenik	98
5.3.1.	Neomalthusianismus	101
5.3.2.	Darwinismus, Rassenhygiene und Eugenik	104
5.3.3.	Die Positionen der Frauenbewegung zur Bevölkerungsfrage und Abtreibungsproblematik	111
5.3.3.1.	Die proletarische Frauenbewegung	113
5.3.3.2.	Die bürgerliche Frauenbewegung	117
5.3.4.	Die Beurteilung der Abtreibungsproblematik in der Ärzteschaft nach 1900	130
5.3.4.1.	Überblick	130
5.3.4.2.	Ärztlicher Neomalthusianismus – die soziale Indikation	133
5.3.4.3.	Rassenhygienisch geprägte Ärzte – Die eugenische Indikation	137
5.3.4.4.	Pronatalistische Ärzte als Befürworter und Mitgestalter der neuen Bevölkerungspolitik	143
5.3.4.5.	Das Verhältnis der pronatalistischen Ärzte und regierungsamtlichen Kreise zur Rassenhygiene; Kriegskinderdebatte und der Fall Henkel	149
5.3.4.6.	Spezielle ärztliche Initiativen und Aktionen zur Reform des Abtreibungsrechts; der sog. deutsche Vorentwurf 1909 und der Gegenentwurf 1911 zur Reform der §§ 218-220 RStGB	158
5.3.5.	Die Haltung der deutschen katholischen und evangelischen Kirche zu Geburtenrückgang, Geburtenregelung und Abtreibung nach 1900	172
5.3.6.	Die bevölkerungspolitische Konzeption der Sozialdemokraten: Populationsgesetz, sozialistische Eugenik und Gebärstreikdebatte	182
6.	Bevölkerungspolitische Pläne und Maßnahmen der Reichsregierung gegen Geburtenkontrolle und Abtreibung als vermeintliche Ursache des Geburtenrückgangs	197
7.	Zusammenfassung Teil B.	224

C.	Die Abtreibungsgesetzgebung in der Weimarer Republik (1919-1933)	
1.	Wirtschaftskrise und gesellschaftliche Modernisierung als Grundlagen der Massenbewegung gegen den § 218 und Ursachen für die Akzeptanz der Empfängnisverhütung	234
2.	Überblick über den Beginn und den Verlauf der Massenbewegung gegen § 218 : Der Fall Heiser, das Theaterstück „Cyankali“ und die Enzyklika „Casti connubii“ als Auslöser der öffentlichen Auseinandersetzung	242
3.	Die Sexualreformbewegung und der Bund für Mutterschutz und Sexualreform (BfMS)	255
3.1.	Die Sexualreform	255
3.2.	Der Bund für Mutterschutz und Sexualreform (BfMS)	261
4.	Die Stellung der Ärzteschaft zu § 218 StGB: Gegner und Befürworter einer Reform	265
4.1.	Der Deutsche Ärztevereinsbund (DÄVB)	266
4.2.	Der Verein Sozialistischer Ärzte (VSÄ)	273
4.3.	Der Bund Deutscher Ärztinnen (BDÄ)	277
5.	Die Auseinandersetzung um eine Reform des Abtreibungsrechts unter den politischen Parteien im Reichstag bis zu Teilreform vom 18.5.1926; zugleich zur Ersatzfunktion des Reichsgerichtsurteils vom 11.3.1927	281
5.1.	Die Position der SPD	281
5.2.	Die Position der KPD	290
5.3.	Die Position der bürgerlichen Parteien und der Nationalsozialisten	294
5.4.	Die Debatte von 1926 und die Teilreform vom 18.5.1926	296
5.5.	Das Reichsgerichtsurteil vom 11.3.1927	302
6.	Die Position der bürgerlichen Frauenbewegung und der Kirche	305
6.1.	Der Bund deutscher Frauenvereine (BdF)	305
6.2.	Die katholische und die evangelische Kirche	308
7.	Die Verbreitung eugenischen Denkens in Gesellschaft und Politik; Sozialhygiene	310
8.	Zusammenfassung Teil C.	319
D.	Die Abtreibungsgesetzgebung in der Zeit des Nationalsozialismus (1933-1945)	326
1.	Die Zerschlagung der Sexualreformbewegung und die Übernahme des Beratungsstellensystems: Beratungsstellen für „Erb- und Rassenpflege“	326
2.	Die politische Umsetzung der rassenhygienischen Bevölkerungspolitik	326
2.1.	Die Wiedereinführung der §§ 219 und 220 in das StGB am 26.5.1933	329
2.2.	Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14.7.1933	331

2.3.	Das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 26.6.1935 und die „Vierte Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 18.7.1935; die medizinische und eugenische Indikation; zugleich zur Rolle der Ärzteschaft bei der Gestaltung der Rassen- und Bevölkerungspolitik	336
2.4.	Das „Gesetz zum Schutz des Blutes und der Ehre des deutschen Volkes“ (Blutschutzgesetz) vom 15.9.1935 und das „Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes“ (Ehegesundheitsgesetz) vom 18.10.1935; die Verknüpfung von hygienischer und anthropologischer Rassenhygiene	344
2.5.	Die Rechtsprechung zur Frage der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches durch jüdische Frauen	346
3.	Die Konstituierung einer zweigleisigen Bevölkerungspolitik durch Erweiterung der rassenhygienischen Bevölkerungspolitik um eine pronatalistische Komponente; Verschärfung des Abtreibungsverbots und ungleiches Strafrecht	349
3.1.	Die Rechtslage innerhalb der SS	349
3.2.	Die Entwicklung der Abtreibungsgesetzgebung seit 1940	352
3.2.1.	Der Geheimerlass „Betrifft: Schwangerschaftsunterbrechungen“ vom 19.9.1940	352
	Die „Verordnung zum Schutz der Ehe, Familie und Mutterschaft“ vom 9.3.1943; die „rassische“ Indikation	354
3.2.3.	Der „Erlass über die Unterbrechung von Schwangerschaft, die auf eine Vergewaltigung von Frauen durch Angehörige der Sowjetarmee zurückzuführen sind“ vom 14.3.1945; die „kriminologisch-rassische“ Indikation	358
4.	Zusammenfassung Teil D.	360
E.	Die Abtreibungsgesetzgebung in der Nachkriegszeit (1945-1949)	366
1.	Die Rechtssituation in den Besatzungszonen	366
1.1.	Die Rechtslage in den Westzonen	366
1.2.	Die Rechtslage in der sowjetischen Besatzungszone	367
2.	Die Abtreibungspraxis der Ärzte und deren Beurteilung der einzelnen Indikationen	374
2.1.	Die Beurteilung und Praxis der kriminologischen Indikation	374
2.2.	Die Beurteilung und Praxis der medizinischen und eugenischen Indikation	377
2.3.	Die Beurteilung und Praxis der sozialen Indikation	380
3.	Die politische Meinungsbildung zu § 218 StGB in den Westzonen	382
3.1.	Ausgangslage: Die allgemeine Abtreibungssituation, die Presse-kampagne gegen den § 218 StGB und die Haltung der Bevölkerung zur Abtreibungsfrage	382
3.2.	Die Diskussion innerhalb der SPD	385
3.3.	Die Debatte in den Länderparlamenten	387
3.4.	Die Verhandlungen im Parlamentarischen Rat	390
4.	Zusammenfassung Teil E.	392

F.	Die Abtreibungsgesetzgebung in der Bundesrepublik (1950-1976)	398
1.	Abtreibungssituation, Sexualmoral und Entwicklung des Abtreibungsstrafrechts von 1950 bis 1962	398
	Die Sexualmoral der 50er Jahre als Hindernis für Reformbestrebungen	399
1.2.	Das „Dritte Strafrechtsänderungsgesetz“ vom 4.8.1953	404
1.3.	Die Entwürfe eines Strafgesetzbuches der Großen Straf- rechtskommission von 1960 und 1962; die politische Indikation	405
2.	Die politische Diskussion über den § 218 StGB von 1963 bis 1969	409
2.1.	Stellungnahmen der Bundesparteien	409
2.2.	Das „Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts“ vom 25.6.1969	411
3.	Die politische und gesellschaftliche Diskussion über den § 218 StGB von 1970 bis 1974	413
3.1.	Der Wandel der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen	413
3.2.	Die Positionen der katholischen und evangelischen Kirche zur Reform des Abtreibungsstrafrechts	415
3.3.	Der „Alternativ-Entwurf eines Strafgesetzbuches“ von 1970	419
3.4.	Die Entstehung der „neuen Frauenbewegung“ und die Selbstbeziehungskampagne von 1971	423
3.5.	Die Position der Ärzteschaft zur Reform des Abtreibungs- strafrechts	431
3.6.	Die Beschlussfassung in den Bundestagsparteien und Das Gesetzgebungsverfahren in der 6. Legislaturperiode in den Jahren 1971/72	437
3.6.1.	Die Beschlussfassung in der FDP-Fraktion	437
3.6.2.	Die Beschlussfassung in der SPD-Fraktion	439
3.6.3.	Die Beschlussfassung in der CDU/CSU-Fraktion	444
3.6.4.	Exkurs: Die Abtreibungsrechtsslage in der DDR	447
3.7.	Die in der 7. Legislaturperiode in den Deutschen Bundestag eingebrachten Gesetzentwürfe von 1973	451
3.7.1.	Ausgangslage: Das Ergebnis der Bundestagswahl und die Regierungserklärung vom 18.1.1973	451
3.7.2.	Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, FDP vom 21.3.1973	453
3.7.3.	Der Gesetzentwurf der SPD-Abgeordneten Dr. Müller-Emmert, Dürr, Dr. Bardens und Genossen vom 4.4.1973	457
3.7.4.	Die Unionsentwürfe: Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU vom 11.5.1973 und Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Heck, Köster und Genossen vom 15.5.1973	459
3.8.	Die Verabschiedung des „Fünften Gesetzes zur Reform des Strafrechts“ (5.StrRG) vom 18.6.1974	462
4.	Das Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsge- richt 1974/75	469
4.1.	Die einstweilige Anordnung vom 21.6.1974 und der Verlauf der mündlichen Verhandlung	469
4.2.	Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25.2.1975	475
5.	Der weitere Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens bis 1976	483
5.1.	Die Reaktion der Fraktion der SPD und FDP und deren	

	Entwurf zu einem 15. StÄG vom 8.10.1975	483
5.2.	Die Reaktion der CDU/CSU-Fraktion und deren Entwurf zu einem 15.StÄG vom 23.10.1975	487
5.3.	Die Beratungen der Entwürfe im Bundestag, das weitere Gesetzgebungsverfahren und die Verabschiedung des „Fünfzehnten Strafrechtsänderungsgesetzes“ (15.StÄG) vom 18.5.1976	490
5.4.	Die Reaktion der Frauenbewegung, der Kirche und der Ärzteschaft auf die Reform von 1976	496
5.4.1.	Frauenbewegung	496
5.4.2.	Katholische und evangelische Kirche	497
5.4.3.	Ärzteschaft	503
6.	Überblick über die Entwicklung der Abtreibungsgesetzgebung bis 1995	505
7.	Zusammenfassung Teil F.	508
G.	Schlussbetrachtung	518